

Zum Protokoll der Ortsbeiratssitzung vom 23.10.12

Der Ortsvorsteher Bernd Michels (CDU) schreibt, dass er „zwei Themen nicht auf die Tagesordnung aufgenommen habe“ (Protokoll, ebd.). Es handelt sich um den so genannten „Brandbrief“ des Ortsbeirates Heiligkreuz sowie um mein Antwortschreiben auf diesen Brief. Beide Briefe seine per E-Mail den Mitgliedern des Ortsbeirates in Kürenz verschickt worden. Der „Brandbrief“ des Ortsbeirates Heiligkreuz sei auf einer Pressekonferenz zusammen mit dem Oberbürgermeister und den Vorsitzenden der Ortsbeiräte besprochen worden, wobei sich „die Beteiligten sich weitgehend vom Inhalt des Briefes distanziert haben“ (ebd.).

Alleine dieses Verhalten entbehrt schon jeglicher demokratischer Gepflogenheiten! Lediglich die „Ortsvorsteher“ wurden eingeladen, ohne dass – wie es der „Brandbrief eigentlich vorgesehen hatte – breite Diskussion unter den Mitgliedern der Ortsbeiräte selbst stattgefunden hätte. Mit anderen Worten: Der eigentliche Sinn und Zweck des Briefes wurde vom Oberbürgermeister und von der Verwaltung in einem Handstreich dahingehend missbraucht, dass man die Ortsvorsteher weichgeklopft hat und sie dann darüber hat abstimmen lassen, dass die Verwaltung vertrauenswürdig und gut arbeite! Eine genaue Verkehrung der Inhalte des „Brandbriefes“. Ohne vorherige Diskussion mit dem Ortsbeirat Kürenz hat der Ortsvorsteher von Kürenz, Bernd Michels (CDU), dieser Presseerklärung der Verwaltung zugestimmt und ihr damit einen „Persilschein“ ausgestellt. Ein ungeheurer Vorgang, der jeglicher demokratischer Gepflogenheit widerspricht!

Wenn der gleiche Ortsvorsteher, Bernd Michels (CDU), sodann meint meinen Antwortbrief auf das Schreiben des „Brandbriefes“ aus Heiligkreuz mit den Worten bewerten zu müssen, dass „festzustellen bleibt, dass er [Johannes Verbeek] selbst entscheiden muss, ob und inwieweit sein Verhalten demokratischen Gepflogenheiten entspricht“ (ebd.), ist dies erneut eine bewusste Verdrehung der Tatsachen, die alleine darauf abzielt, mein Engagement für den Stadtteil Kürenz zu diskreditieren! Denn die weitere persönliche Einschätzung des Ortsvorstehers Bernd Michels (CDU) ist schlichtweg falsch: „Es sind persönliche Einschätzungen, die nicht weiter kommentiert werden müssen“ (ebd.). Ganz im Gegenteil: In meinem Antwortschreiben habe ich 10 verschiedene Anträge aufgelistet, die zum großen Teil von mir selbst in den Ortsbeirat Kürenz oder zuvor auch im Stadtrat eingebracht wurden und alle die Gemeinsamkeit aufweisen, dass sie als Anträge, die in verschiedener Weise eine Verbesserung der „gesundheitsgefährdenden“ (OVG, Koblenz, 2004) Verkehrssituation in Altkürenz bzw. in der Avelsbacher Straße herbeiführen wollten, allesamt von der Verwaltung abgelehnt worden sind. Dies sind nachprüfbar Fakten und keine „persönlichen Einschätzungen“ (ebd.), wie Bernd Michels (CDU) im Protokoll behauptet. [Man vergleiche dazu mein Schreiben auf diese Homepage!]

Auf diese Weise enthebt sich der Ortsbeirat in Kürenz sogar weiter über den letzten meiner Anträge beraten zu wollen, wenn ebenfalls sinnentstellend behauptet wird, „dass der Antrag [auf eine Tempo-30-Regelung in der Avelsbacher Straße, J.V.] aus rechtlichen Gründen [von der Verwaltung, J.V.] nicht entsprochen werden kann“ (ebd.). Das ist erwiesenermaßen falsch! Denn die Verwaltung räumt ein, dass sie die Befugnis zu einer „Temporeduzierung“ habe, von dieser aber nicht Gebrauch machen wolle, weil es sich bei der Avelsbacher Straße um eine Landstraße (L144) handle, die „als Einfallstraße nach Trier“ den umliegenden Verkehr bündele, so dass den „Anwohnern eine höhere Lärmbelästigung durchaus zuzumuten sei“ (ebd.), weil andere Straßenzüge davon profitierten wie z.B. der Petrisberg! Im Protokoll schreibt Bernd Michels kurz: „In diesen Straßen müssen die Anwohner größere Lärmbelästigungen zugemutet werden“ (ebd.). Keine Spur von Kritik, keine Spur von Widerstand gegen diese zynischen Beschlüsse der Verwaltung, die von der ebenfalls der CDU

angehörenden Dezernentin Frau Kaes-Torchiani immer wieder ohne konstruktiven Willen zu einer Lösung verabschiedet werden! Ganz auf dieser Linie liegt dann auch der Schluss, den der Ortsbeirat in Kürenz aus meinem Engagement zieht: „Weitere Maßnahmen des OBS (Ortsbeirates) sind derzeit nicht möglich. Das Vorhaben wird nicht weiter verfolgt“ (ebd.). – So kann man sich das politische Leben auch leicht machen.

Freilich gibt es aber auch „Placebos“, denn darauf läuft die gesamte Politik des Stadt Trier zu diesem Thema seit Jahren hinaus. Das von der CDU benutzte „Placebo“ heißt „Ortsumgehung Kürenz“! Nicht, dass dieses Thema nicht diskussions- und entscheidungsfähig wäre. Nur die gleichen Parteien und Fraktionen im Stadtrat haben das „Mobilitätskonzept 2025“ zusammen mit der Verwaltung beschlossen (!), dass eben KEINE Ortsumgehung Kürenz vorsieht – aus Prioritätsgründen, wie es so schön heißt. Wenn dann der Ortsvorsteher von Kürenz, Bernd Michels (CDU), in seinem Protokoll schreibt: „Davon unabhängig bleibt das Thema „Ortsumgehung Kürenz“ weiter auf der Tagesordnung des Ortsbeirates“ (ebd.), dann ist dies ein Schlag ins Gesicht der Anwohner. Denn jeder weiß dort, dass nicht einmal die gesamte CDU hinter dieser Lösung steht, so dass genau die Situation eintritt, die im „Brandbrief“ des Ortsbeirates von Heiligkreuz kritisiert und in meinem Antwortschreiben an einigen Beispielen für Kürenz belegt wurde, dass nämlich im Stadtrat von den gleichen Politikern die Beschlüsse der Ortsbeiräte untergraben werden und nicht zur Abstimmung gebracht werden. Dazu das Protokoll: „Es wird immer wieder festzustellen sein, dass der Stadtrat und die Verwaltung Beschlüsse der Ortsbeiräte nicht oder nur teilweise berücksichtigen [...] Dies ist allerdings demokratischer Alltag“ (ebd.) Freilich abstrakt gesehen, aber nicht im konkreten Fall! – Denn hier ist und bleibt es nicht vermittelbar, dass die Mitglieder des Ortsbeirates, die auch im Stadtrat sitzen, ihre Ankündigung, sich engagieren zu wollen, im Stadtrat opportunistisch „vergessen“ und dann mit der Fraktion gemeinsam gegen ihre zuvor im Ortsbeirat geäußerten Überzeugungen abstimmen. Das ist heuchlerisch und eben deshalb undemokratisch!

Mit anderen Worten ein bloßes „Placebo“, dem nichts folgt – außer der status quo, der von der Verwaltung gewünscht wird und von den Fraktionen dankend im Rat toleriert wird, ohne dass man selbständig tätig werden müsste! Auf gleicher Linie argumentiert übrigens auch die FWG, die schon in der Rathauszeitung (vgl. meinen Kommentar auf dieser Homepage) politische Rückzugsgefechte angedeutet hat. Das Gegenteil zu behaupten, ist einfach unverschämt!

Abschließend heißt es im Protokoll: „Zum Brief des Dr. Johannes Verbeek erfolgte keine vertiefende Erörterung“ (ebd.). – Ehrlich gesagt: Darauf kann ich unter diesen Bedingungen auch verzichten!

Es ist schon erstaunlich, dass es eine Kommunalpolitik unter der Handschrift des Oberbürgermeisters im Verbund mit der Verwaltung und den Fraktionen im Rat der Stadt innerhalb von nur einigen Jahren geschafft haben, dass die Anwohner in der Avelsbacher Straße mehrheitlich kleine Lust und Energie mehr für Bürgerproteste gegen die allseits unzumutbaren Lärmbelastungen in der Straße aufzubringen in der Lage sind. Entweder meinen sie, dass Proteste eh nichts bringen, oder sie befürchten Nachteile für ihre Geschäfte, oder – was politisch am Schlimmsten ist – sie schämen sich einfach auf die Straße zu gehen!

Allen politisch Verantwortlichen gilt mein unendlicher Dank dafür, dass im Verbund mit allen politischen Gremien dieser absolut frustrierte Geist hat Einzug in den Stadtteil Kürenz nehmen können. Diese Enttäuschung von den Zusagen, Versprechungen und Absichtserklärungen der Politiker quer durch alle Fraktionen – denn nach wie vor passiert nichts zur Besserung der Verkehrssituation vor ORT (!) – sitzt tief und wird so schnell nicht wieder in ein nachbarschaftliches Engagement umschlagen. Dies tut in der Seele weh! Und diese „missbrauchte Verantwortung“ wird dieser gesamten Generation von Kommunalpolitikern mit ins eigene Grab gegeben werden!